

## Resolution

### **Bestandsgarantie für kleine Krankenhäuser auf dem Lande mit Leben füllen**

Die niedersächsische Landesregierung plant, durch höhere Vergütungen den Fortbestand kleinerer Kliniken im ländlichen Raum zu sichern, sofern sie eine besondere Versorgungsfunktion wahrnehmen und ihr Wegfall zu einer nicht zu schließenden Lücke führen würde. Der Kreistag Aurich begrüßt diese Zielsetzung und sieht in ihm den richtigen Ansatz, um die Krankenhausversorgungsstrukturen auch im ländlichen Raum zukunftsfest zu machen. Dabei muss es darum gehen, eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Versorgung überall im Land sicherzustellen. Dies wird nur dann sicherzustellen sein, wenn die vor dem wirtschaftlichen Kollaps stehenden Häuser finanziell besser ausgestattet werden, kommunale Träger vor hohen Defiziten geschützt und die Belegschaft tariflich abgesichert und fair bezahlt wird. Gute Pflege wird es auf Dauer ohne gute Arbeit nicht geben können.

Der Kreistag Aurich fordert daher die niedersächsische Landesregierung auf, die Bestandsgarantie für kleine Krankenhäuser in ländlichen Regionen mit Leben zu füllen und dafür zunächst folgende Schritte zu unternehmen:

1. **Kommunale Träger vor Verschuldung schützen und Privatisierungen verhindern:** Das Land Niedersachsen passt in den nächsten Jahren durch eine schrittweise Aufstockung der Höhe seines Krankenhausinvestitionsprogramms an den tatsächlichen Bedarf an. Die 120 Millionen Euro, die dafür im Jahr 2014 aufgewendet wurden, sind bei weitem nicht ausreichend. Benötigt wird schätzungsweise nach den langen Jahren des volkswirtschaftlich teuren Kaputtsparens das Zehnfache dieser Summe.
2. **Klinikstandorte durch die Förderung von Allianzen sichern:** Die so genannte Betriebsnummer verhindert nach Aussagen des Landrats eine effektive Zusammenarbeit über bestehende Krankenhausstandorte hinweg, weil sie eine bedarfsgerechte Neuausrichtung der Versorgungsstrukturen verhindert. Die Folge sind Krankenhausschließungen und Neugründungen, oftmals als Folge einer Privatisierung oder eines Verkaufs an private Investoren. Das Land Niedersachsen wird aufgefordert, diesen bürokratischen Irrsinn aufzuheben und auch bei Fusionen an bestehenden Standorten eine einheitliche wie neue Betriebsnummer zu vergeben und kommunale Trägerschaften zu stabilisieren.
3. **Personalbemessungsgesetz verabschieden und Lohnerhöhungen vollständig erstatten:** Eine qualitativ hochwertige Pflege kranker Menschen durch Personal, das Arbeitsbedingungen ausgesetzt ist, die selber krank machen, ist auf Dauer nicht möglich. Deshalb wird das Land aufgefordert, ein Personalbemessungsgesetz zu verabschieden, das den tatsächlichen Personalbedarf an den Krankenhäusern widerspiegelt. Gleichzeitig müssen Tarifsteigerungen vollständig aufgefangen werden, damit sie nicht zu Personalabbau oder Defiziten führen.

**Aurich, den 26. Februar 2015**

**Für DIE LINKE. im Kreistag Aurich**

**Jan Roß**  
Fraktionsvorsitzender

**Blanka Seelgen**  
Kreistagsabgeordnete